

Christen an den Rand gedrängt

Anspucken, Schikanen, Gewalt: Christliche Minderheit im Heiligen Land wird zunehmend bedroht

Seit dem Amtsantritt der nationalreligiösen Regierung unter Benjamin Netanjahu Anfang 2023 hat die Zahl christenfeindlicher Übergriffe und Aktionen in Jerusalem und anderen Orten des Heiligen Landes deutlich zugenommen. Die israelischen Sicherheitskräfte und Behörden unternehmen bisher wenig, um die christliche Minderheit zu schützen.

Von **Wolfgang Schmidt**

Jerusalem feiert die Gebetswoche für die Einheit der Christen. Die Menschen strömen zum Gottesdienst in den Abendmahlssaal auf dem Zionsberg. Mit vielen ökumenischen Besuchern feiern die Benediktiner der Dormitio-Abtei den Gottesdienst. Der Raum über dem Davidsgrab gilt als Ort des letzten Abendmahls Jesu. Draußen vor dem Eingang wird heftig diskutiert. Eine Handvoll ultraorthodoxer Juden mit Plakaten in den Händen ist gekommen, um mit Geschrei und Schofarhorn gegen den christlichen Gottesdienst zu protestieren. Sie beanspruchen den Platz für sich. Andere Juden verwickeln sie in Gespräche, um den Christen den Rücken freizuhalten und Störungen des Gottesdienstes durch die Ultraorthodoxen zu verhindern. Sie gehören der Gruppe »Windows of Mount Zion« an, die aus dem Jerusalem Intercultural Center hervorgegangen ist. Sie stehen für ein nachbarschaftliches und tolerantes Miteinander auf dem Zionsberg mit seinen drei monotheistischen Religionen und setzen ihre Überzeugung in die Tat um, indem sie den Christen beistehen.

Was man hier erleben kann, ist kein Einzelfall. An den wenigen Tagen im Jahr, an denen Christen im Abendmahlssaal Gottesdienst feiern dürfen, wiederholt sich das Szenario. Christen fühlen sich in Jerusalem mehr und mehr von fanatischen Juden in die Enge getrieben. Sie sind schwarz gekleidet und haben Schläfenlocken: Ultraorthodoxe, die das Christentum aufgrund der Göttlichkeit Jesu für eine Blasphemie halten. Oder sie fallen durch ihre übergroße gehäkelte Kippa auf: Nationalreligiöse, die voller Aggression einen jüdischen Anspruch auf jeden Flecken Land in Jerusalem vertreten. Die israelische Polizei agiert bei den Zwischenfällen in der Regel mit wenig Sensibilität und noch weniger Sachkenntnis, wenn es darum geht, echte oder vermeintliche Sicherheitsinteressen gegenüber den Kirchen durchzusetzen. Christen fühlen sich in dieser Stadt der drei Weltreligionen zunehmend an den Rand gedrängt. Das erlebte auch der Abt der deutschsprachigen Dormitio-Abtei, Nikodemus Schnabel, der im Vorüber-



gehen nahe der Klagemauer von einer Aufseherin aufgefordert wurde, sein Amtskreuz abzulegen.

Seit dem Amtsantritt der religiös-nationalistischen Regierung Netanjahus zur Jahreswende fühlen sich Extremisten aller Couleur ermutigt, verstärkt gegen Christen vorzugehen. Die israelische Tageszeitung »Jerusalem Post« zog am 8. August eine erschreckende Bilanz der vergangenen sieben Monate: In 16 Fällen von Hasskriminalität gegen Christen ermittelt die Polizei. Viele Übergriffe aber kommen erst gar nicht zur Anzeige. So hat beispielsweise das Bespucken christlicher Würdenträger – schon seit Jahren ein Problem in Jerusalem – in den vergangenen Monaten eklatant zugenommen. 20 Vorfälle allein im Monat Juni listet das Religious Free-

dom Data Center auf, das von der Jüdin Yisca Harani gegründet wurde, um die geschehenen Übergriffe zu dokumentieren. Von November 2022 bis Juni 2023 wurden weitere 40 Vorfälle gemeldet. Auf der Website report-hotline-jlm.co.il oder telefonisch können Opfer die Übergriffe dokumentieren lassen, denn die wenigsten von ihnen gehen damit zur Polizei. Neben einzelnen Personen werden aber auch immer wieder christliche Einrichtungen attackiert. So haben Siedler ein armenisches Restaurant beim New Gate demoliert und die Gäste bedrängt oder die Mauern des armenischen Patriarchats mit widerwärtigen Parolen beschmiert und Mönche angegriffen. Ein besonders gravierender Vorfall ereignete

Gottesdienst im Abendmahlssaal auf dem Zionsberg.



Oben: Ultraorthodoxe Juden beanspruchen seit kurzem das Gelände des Klosters Stella Maris (Haifa), um dort zu beten. Die einheimischen Christen fühlen sich gestört und bedrängt.

Unten: Ein Video, das zeigt, wie ultraorthodoxe Juden christliche Pilger ansprechen, veranlasste u. a. Premierminister Netanjahu, die Religionsfreiheit in Israel zu betonen.



Gewalt gegen Christen. »Insbesondere die einheimischen Christen leiden zunehmend unter Bedrängnissen, wie sie der heilige Petrus beschrieben hat«, erklärten die Jerusalemer Kirchenoberhäupter unter Berufung auf 1. Petrus 4 in ihrer Osterbotschaft.

Dass nicht allein die angestammten christlichen Gemeinden in Jerusalem unter einer antichristlichen Stimmung bestimmter jüdischer Strömungen leiden, zeigt ein Konflikt aus dem Bereich der evangelikalen Bewegung in Jerusalem, der in diesen Tagen nun zumindest vorübergehend befriedet scheint. Seit zwei Jahren hatte ein wichtiger evangelikaler Akteur im Heiligen Land, die zionistische International Christian Embassy Jerusalem (ICEJ), massive Probleme, Visa zu bekommen. Das Innenministerium akzeptierte sie nicht mehr als religiöse Einrichtung und stellte deshalb für ihre geistlichen und anderen Mitarbeitenden seit 18 Monaten keine Arbeitsvisa mehr aus. Von den angestammten Kirchen weithin abgelehnt, gelten fundamentalistische christliche Gruppierungen und Gemeinden eigentlich seit jeher als starke Unterstützer Israels. Ihnen zuliebe traf Donald

sich im Januar 2023, als zum wiederholten Mal der evangelische Friedhof auf dem Zionsberg von Vandalen heimgesucht wurde. Zahlreiche Grabsteine und insbesondere Grabkreuze wurden zerschmettert. Es bot sich ein Bild der Verwüstung. Auf Überwachungskameras wurden zwei nationalreligiöse Jugendliche im Alter von 14 und 18 Jahren identifiziert und festgenommen – aber bald wieder freigelassen.

Im April dieses Jahres beklagten die Oberhäupter und Patriarchen der 13 wichtigsten Konfessionen in Jerusalem zum wiederholten Male die zunehmende

Trump im Mai 2018 die weltweit angefochtene Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen.

Aber die Entwicklungen beschränken sich nicht auf Jerusalem. In jüngster Zeit haben zwei bemerkenswerte Vorfälle in Israel die internationale Christenheit auf den Plan gerufen. Am 18. August, dem Fest der Verklärung Christi, wurde Tausenden von orthodoxen Christen der Zugang zum Tabor, dem Berg der Verklärung in Galiläa, verwehrt. Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) verurteilte das Vorgehen der israelischen Polizei und Behörden scharf: »Der Ökumenische Rat der Kirchen betrachtet die Verletzung der Religionsfreiheit, die Verweigerung von Gottesdiensten und die Einschränkung des Lebens der christlichen Gemeinschaft im Heiligen Land unter dem Vorwand der Sicherheit als inakzeptabel. Der Ökumenische Rat der Kirchen fordert die israelische Regierung auf, die freie Ausübung christlicher Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen zuzulassen und die Rechte der Religionsfreiheit für alle Menschen zu schützen.«

Eine andere Auseinandersetzung zwischen Juden und Christen hat sich in Haifa entwickelt. Das Karmelitenkloster Stella Maris wurde 1836 über einer Grotte, die an den Aufenthalt des Propheten Elija erinnert, als Wallfahrtsstätte errichtet. Ultraorthodoxe Juden beanspruchen seit kurzem diesen Ort für sich, weil sie dort das Grab des Heiligen bzw. des Propheten Elisa vermuten. In Bussen angereist, versammelten sie sich in großer Zahl zum Gebet in und um die Kirche. Einheimische Christen sprachen von »systematischen Schikanen« durch die Gruppe radikaler ultraorthodoxer Juden und richteten eine freiwillige Wachtruppe ein. Nun soll künftig ein Zaun die christliche Pilgerstätte vor unerwünschten Besuchern schützen.

Immerhin war der Konflikt dem israelischen Staatspräsidenten Herzog Anlass genug, den Ort der Auseinandersetzung zu besuchen. Dabei sicherte er dem katholischen Patriarchen seine Unterstützung zu und verurteilte die Übergriffe auf Christen im Land. Auch in Jerusalem bemüht man sich um eine neue Aufmerksamkeit für die Christen. Unter der Leitung des Tourismusministers haben sich verschiedene Vertreter von Behörden und Einrichtungen mit der Polizei zu einem Forum getroffen, um die zunehmende Zahl von Übergriffen auf Christen zu diskutieren. Doch die Haltung von offizieller Seite wirkt mehr als ambivalent. »Jeder Tourist, der nach Israel kommt, wird zu unserem Botschafter, und deshalb sind wir bestrebt, eine einzigartige und hochwertige Erfahrung zu bieten«, sagte der Generaldirektor des Tourismusministeriums laut Jerusalem Post vom 31.08.2023. Und der Minister selbst wird dort mit den Worten zitiert: »Ich verurteile auf das Schärfste jeden Schaden, der einem Touristen oder einem christlichen religiösen Symbol zugefügt wird.« Die Angst vor negativen Auswirkungen auf den Tourismus scheint hier das bestimmende Motiv zu sein. Dies liegt letztlich ganz auf der Linie des stellvertretenden Bürgermeisters von Jerusalem, Aryeh King, dessen Haltung im Juni zu einer Kontroverse führte, als er sich weigerte, die Übergriffe auf Christen zu verurteilen: »Wir unterstützen den Tourismus, aber keine Missionare.«

Wolfgang Schmidt

Ist Oberkirchenrat der Ev. Landeskirche in Baden und Vorsitzender des Jerusalemsvereins.